Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bes. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bes. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2006.

Julius Schädlich
Am See 10, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

BERNHARD SCHÄFER
7. PRAGER-STR. 7.
FÄCHER

MATTONI's GIESSHÜBLER natürlicher alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh
HEINRICH MATTONI in Giesshübl Sauerbrunn.

Soeben erschien in 4. reich illustrirter Auflage neue Beschreibung neuester Instrumente u. Apparate für **Schwerhörige** zum Preise von 50 Pfg. Zu beziehen durch **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Nr. 327. Spiegel: Venezuela. Hofnachrichten, Stadtrath Hartwig, Stadtverordnetenwahlen, Pflanzenkulturen, „Deutscher Hausrath". Schiller's „Deutschland". | Wahrscheinliche Witterung: Mild, veränderlich. | **Mittwoch, 26. November 1902.**

Venezuela.

An dem Concert der Friedensschalmeien, die Präsident Castro von Venezuela wegen seines Sieges über die Aufständischen ertönen läßt, hat sich Großbritannien plötzlich mit einigen starken Dur-Akkorden betheiligt, indem der englische Vertreter in Caracas angewiesen worden ist, der venezuelanischen Regierung ein regelrechtes Ultimatum zu überreichen. Es wird darin verlangt, daß Venezuela den britischen Unterthanen, die durch den Bürgerkrieg Nachtheile erlitten haben, eine Entschädigung gewährt und Garantien für die Zukunft leistet. Falls Venezuela nicht binnen 14 Tagen die englischen Forderungen vorbehaltlos erfüllt, soll der großbritannische Vertreter in Caracas abberufen werden und der völlige Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgen. Den unmittelbaren Anlaß zu dem englischen Vorgehen hat die von Castro verfügte Blockade von Ciudad-Bolivar am Orinokostrom gegeben, die als nicht effektiv, wie der völkerrechtliche Ausdruck lautet, d. h. als nicht thatsächlich durch eine entsprechende Anzahl von Kriegsschiffen durchgeführt, weder von England noch von den sonstigen europäischen Großmächten anerkannt, sondern als unwirksam betrachtet wird. Die Engländer hatten dieser allgemeinen Auffassung der Mächte praktischen Ausdruck gegeben, indem sie einen Panzer nach der Orinokomündung entsandten, um die britischen Schiffe, welche die Blockade brechen, zu schützen.

Der rabiate Präsident Castro hat in seinem Siegesrausche — der Aufstand soll nach seiner Darstellung endgiltig niedergeschlagen sein — sich gemüßigt gefühlt, nicht nur dem englischen Verfahren Gewaltandrohungen entgegen zu setzen, sondern auch das Deutsche Reich durch einen Protest gegen die Einfahrt des Kreuzers „Panther" in den Orinoko herauszufordern. Die deutsche Regierung hat daraufhin noch weitere drei Kriegsschiffe in die venezuelanischen Gewässer entsandt und ihrer Gesandtschaft in Caracas Befehl gegeben, sämmtliche deutschen Klagen, auf einem Blatt Papier zusammengefaßt, dem Präsidenten Castro zu überreichen. Es handelt sich dabei um eine sorgfältig geprüfte Schadenrechnung von rund 1 720 000 Francs, auf Grund von Ansprüchen, die deutsche Staatsangehörige und insbesondere die „Große Venezuela-Eisenbahngesellschaft" aus den letzten Unruhen her geltend machen. Weiter ist noch in der jüngsten Zeit die Ermordung des Herrn Adam Russel des Vertreters der Hamburger „Venezuela-Plantagengesellschaft" in Caranaca, hinzugekommen, eine Frevelthat, die das Konto der venezuelanischen Regierung ganz besonders schwer belastet und ausgiebige Ahndung erheischt.

Zunächst hat es ganz den Anschein, als wenn der cäsarische Größenwahnsinn des Präsidenten Castro es auf einen gleichzeitigen Konflikt mit zwei europäischen Großmächten ankommen lassen wolle. Zuzutrauen ist eine solche Tollheit dieser Persönlichkeit wohl, wenn nicht Deutschland sowohl wie England ganz derb und fest von Anfang bis zu Ende zugreifen; denn überlegene Gewalt ist das einzige Mittel, das derartigen catilinarischen Existenzen imponirt und sie zu Kreuze kriechen läßt. Es verlohnt sich, bei dieser Gelegenheit einen kurzen Blick auf die glorioſe Vergangenheit des edlen Castro zu werfen. Castro war ursprünglich Maulthiertreiber, fühlte sich aber zu Höherem geboren und beschloß, Präsident zu werden. Er zog zu dem Zwecke mit einer Bande von rasch geworbenen Abenteurern gegen die Hauptstadt Caracas, vertrieb den Präsidenten Andrade, riß selbst die Gewalt an sich und trug Feuer und Schwert durch ganz Venezuela. In der Schilderung eines englischen Blattes, die man freilich wohl mit Vorsicht aufnehmen muß, heißt es darüber: „Mit einer Bande Halsabschneider hat Castro Venezuela ruinirt. Mit seinem Wissen dringen diese Banditen in eine Stadt, plündern Läden und Privathäuser, vergewaltigen die Frauen, ermorden jeden Mann, der gegen die Schändlichkeiten protestirt, setzen die Stadt in Brand und marschiren mit der venezuelanischen Fahne voran weiter. In den Hotels und Restaurants, an den Straßenecken und öffentlichen Vergnügungsorten sind Spione und für das geringste Wort kann ein Mann so lange im Kerker behalten werden, wie es Castro und seinen Freunden gefällt. In den Gefängnissen befinden sich Hunderte, die ohne Urtheil dort schmachten und nie vor ein Gericht gestellt werden. Die Einkünfte der Zollämter gehen zum großen Theil in Castro's Besitz über und kommen auf sein Privatkonto auf dem Kontinent. Vor wenigen Jahren noch hatte er kein Geld, um für Nachtlager und Beköstigung zu zahlen, und jetzt wird er auf wenigstens 20 Millionen Mark geschätzt."

Auf diesem Wege, auf dem sich übrigens die meisten Revolutionen in Mittel- und Südamerika erklären, ist Castro zur Präsidentschaft gelangt; und ein solcher catilinarischer Unhold wagt es, zwei mächtigen europäischen Nationen zu gleicher Zeit Trotz zu bieten! Das geht doch über die Hutschnur, wenigstens nach europäischen Begriffen. In Amerika freilich herrschen in manchen Beziehungen eigenartige Vorstellungen und dazu gehört u. A. die vielberufene Monroelehre der Vereinigten Staaten, welche die Staatsmänner der großen Republik dazu treibt, gegenüber dem schändlichen Unwesen der süd- und mittelamerikanischen Raubstaaten beide Augen zuzudrücken, damit sie nur ja nicht einmal das Eingreifen einer europäischen Macht auf amerikanischem Boden als berechtigt anerkennen oder es wohl gar thatkräftig unterstützen müssen. Die Monroe-Hypnose der Amerikaner ähnelt in ihrer Art der Vogesen-Hypnose der Franzosen, indem alle höheren, besonnenen, gerechten und vernünftigen Rücksichten dahinter zurücktreten. Sogar die doch sonst so unabhängige und offenherzige Presse der Vereinigten Staaten läßt nichts über die venezuelanische Mißwirthschaft verlauten, damit nur ja die fremden interessirten Nationen so wenig wie möglich davon erfahren und die Politik der Vereinigten Staaten möglichst lange vor der fatalen Nothwendigkeit bewahrt bleibt, offen zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Bezeichnend ist auch, daß der amerikanische Gesandte in Caracas dem Verlangen der übrigen diplomatischen Vertreter nach einer förmlichen Unwirksamkeitserklärung der Blockade des Orinoko ausgewichen ist. Ueberdies hat Präsident Roosevelt erst vor kurzer Zeit sich in einer erneuten scharfen Betonung der Monroedoktrin gefallen und dadurch ist dem Diktator Castro der Kamm so hoch geschwollen, daß er sich zu einem pomphaften „Aufruf an alle befreundeten Nationen" verstiegen hat, in dem er unter Hinweis auf die Monroelehre die „Interessengemeinschaft der amerikanischen Welt" gegen jede auswärtige „Einmischung" in die Schranken fordert.

Man sieht also, Castro gehört zu den Naturen, die an Dreistigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Die Engländer haben sich aber durch sein Bramarbasiren nicht einschüchtern lassen, sondern mit ihrem Ultimatum den edlen Herrn fest am Kragen gepackt, ganz ohne Rücksicht auf die „angelsächsische Freundschaft", die sie mit den Yankees verbindet. Von dieser Energie sticht das bisherige deutsche Verhalten nicht gerade vortheilhaft ab. Zuerst freilich schien man auch in Berlin gewillt zu sein, die venezuelanische Angelegenheit mit einem gewissen Hochdruck zu betreiben; die venezuelanische Regierung wurde um unverzügliche Begleichung der deutschen Schadenrechnung ersucht und gleichzeitig erging von deutscher Seite in Washington im Dezember 1901 der Vorschlag zu einer gemeinsamen Aktion behufs Bekämpfung der venezuelanischen Mißwirthschaft. In Washington winkte man indessen ab und seitdem ist befremdlicher Weise das deutsche Verfahren gegen Venezuela im Sande verlaufen. Erst jetzt fängt ein frischerer Wind in unserem Auswärtigen Amte an zu wehen und hoffentlich läßt er diesmal nicht eher wieder nach, als bis das Ziel, die völlige Unterwerfung des Präsidenten Castro unter die deutschen Forderungen, erreicht ist. Was nützt uns schließlich die mit so hochtönenden Worten und rauschenden Festlichkeiten verherrlichte amerikanische Freundschaft, wenn Uncle Sam uns in der Weltpolitik immer nur mit Stirnrunzeln begegnet und wir nicht Manns genug sind, trotzdem unseren eigenen Weg zu gehen? Daß die deutsche auswärtige Politik jedem Abenteuer und jeder Eroberungslust abhold ist, weiß alle Welt. Was wir in Mittel- und Südamerika und insbesondere jetzt in Venezuela anstreben, ist nichts weiter als Schutz gegen die Möglichkeit, daß Gewaltmenschen vom Schlage eines Castro schließlich durch fortgesetzte brutale Willkürlichkeiten unsere Kaufleute, Industriellen und Ingenieure, die dort drüben allen Gefahren zum Trotz dem deutschen Unternehmungsgeist neue Bahnen zu erschließen bestrebt sind, zum Einpacken zwingen. Den süd- und mittelamerikanischen Staaten muß nachdrücklich klar gemacht werden, daß sie europäische berechtigte Interessen unter allen Umständen zu respektiren haben. Kann das im Einvernehmen mit der Regierung der Vereinigten Staaten geschehen, um so besser! Wollen diese aber durchaus nicht mitmachen, so muß auch ohne sie gehandelt werden; ein Drittes giebt es nicht, wenn Europa drüben nicht einfach abdanken will. Hoffen wir also, daß unser Reichskanzler Graf Bülow sich dieses Mal nicht wieder von den Herren in Washington an den Wagen fahren läßt, sondern bei der Regelung unserer venezuelanischen Ansprüche nunmehr ohne alle Umschweife direkt auf das Ziel losgeht, genau so, wie es die Engländer thun. Uebrigens darf man nach der neuesten, im Abendblatt wiedergegebenen Meldung aus Washington erwarten, daß Präsident Roosevelt das Monroeprinzip in dem vorliegenden Falle nicht auf die Spitze treiben, sondern jeder nicht auf Landerwerb gerichteten europäischen Exekution gegen Venezuela freien Lauf lassen wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. November.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Berathung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt. Der vom Abg. Bebel u. Gen. beantragte § 11b, der den Einzelstaaten aus den Zollmehrerträgnissen jährlich 100 Millionen Mark überweisen will zur Förderung des Volksschulwesens, wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 59 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. — Abg. Rosenow (Soz.) begründet seinen Antrag auf Einschaltung eines § 11c, dahingehend, daß ebenfalls aus den Zollmehrerträgen alljährlich 49 Millionen Mark zur Erleichterung der Aufhebung der Salzsteuer verwendet werden sollen. Spätestens mit dem Jahre 1906 soll die Salzsteuer auf jeden Fall außer Kraft treten. Die Salzsteuer sei und bleibe die ungerechteste Steuer. Sogar Fürst Bismarck habe dies seiner Zeit anerkannt und der Abschaffung der Steuer nur aus finanziellen Gründen widersprochen, obwohl doch gerade Fürst Bismarck der eingefleischteste Vertreter der Interessen der herrschenden Klassen gewesen sei. — Der Antrag Rosenow, § 11c, wird in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 64 Stimmen abgelehnt, bei 4 Stimmenthaltungen. — Inzwischen ist bereits wieder ein Antrag Bernstein eingegangen, in einem § 11d zu bestimmen, daß aus den Zollerträgen 100 Millionen Mark verwendet werden sollen zur Aufhebung der Zuckersteuer. — Abg. Bernstein (Soz.) führt zur Begründung aus: Angesichts der Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen durch den neuen Zolltarif sei es nur billig, wenigstens hier bei dem Zucker eine Entlastung herbeizuführen. Den konservativen Antrag auf Herabsetzung der Industriezölle begrüßten seine Freunde mit Freuden und würden ihm zustimmen, freilich nicht aus denselben Gründen, die die Antragsteller vorbrächten. Denn wenn man behaupte, eine solche Herabsetzung der Industriezölle sei nöthig, um „die Parität mit den landwirthschaftlichen Zöllen herzustellen", so berühre ihn das so, als wäre, um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, die Scham zu den Hunden geflohen. Die Industriezölle — (Präsident Graf Ballestrem: Ich muß den Redner bitten, nicht auf die allgemeine Diskussion zurückzukommen, sondern zu seinem Antrage zu sprechen.) Wir wissen ja, daß jetzt ein Kompromiß in der Luft schwebt — (Präsident Graf Ballestrem: Ich muß den Redner nochmals ersuchen, zu seinem Antrage zu sprechen. Beifall rechts.) Redner erörtert weiter die ganze Zuckerfrage in sozialpolitischer, gesundheitlicher und steuertechnischer Hinsicht, verbreitet sich über die ganze Schutzzollpolitik und den „Kolonialdusel", die Militär- und Marine-Ausgaben usw. Von seinen Freunden sei noch in keiner Weise zur Obstruktion geschritten, vielmehr sei von ihnen der Zolltarif lediglich sachlich mit allen Mitteln bekämpft worden. Im Uebrigen gehöre unter Umständen die Obstruktion zum Parlamentarismus als Waffe der Minderheit. — Abg. Richter (fr. V.) erinnert daran, daß der vorliegende Antrag, wenn auch in anderer Form, schon neulich von ihm eingebracht, von dem Präsidenten aber damals zurückgewiesen worden sei. Alle diese Anträge auf Herabsetzung oder Aufhebung von Verbrauchssteuern betrachteten er und seine Freunde bei dieser zweiten Lesung nur als einen Fühler, würden aber in diesem Sinne für den vorliegenden Antrag stimmen. — Hiermit schließt die Debatte, und der Antrag Bernstein, § 11d, wird mit 158 gegen 99 Stimmen abgelehnt, bei vier Stimmenthaltungen. — Nunmehr geht ein neuer Antrag Warm, § 11e, ein, auf Verwendung von Zollmehrerträgen zur Herabsetzung der Branntwein-Verbrauchsgabe. (Gelächter rechts.) Abg. Warm (Soz.) befürwortet den Antrag in zweistündiger Rede. Der Antrag wird mit 203 gegen 43 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, abgelehnt. — Präsident Graf Ballestrem theilt noch mit, es sei ein neuer sozialdemokratischer Antrag als § 11f eingegangen, dahingehend, daß die Zölle aufzuheben seien, wenn bei den Marktpreisen folgende Höhe erreicht werde: Weizen 215 Mk., Roggen 165 Mk., Gerste 155 Mk. Hafer 151 Mk. usw. — Schluß der Sitzung Abends 6½ Uhr. — Morgen 12 Uhr: Fortsetzung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Präsident des Reichstags, dem am Sonntag aus Essen eine Anzeige von dem Ableben Krupp's zuging, hat darauf mit einem Beileidstelegramm geantwortet. Der gleichzeitig ergangenen Einladung zur Theilnahme an der Beisetzung Folge zu leisten, ist Graf Ballestrem durch die Geschäftslage des Hauses verhindert. An das Herrenhaus, dem der Verstorbene als Mitglied angehörte, ist eine Todesanzeige nicht gelangt. Eine offizielle Vertretung dieser Körperschaft begiebt sich also nicht zur Beerdigung.

Essen a. d. Ruhr. (Priv.-Tel.) Der Kaiser wird zu Fuß dem Sarge Krupp's von der Fabrik durch einen Theil Essens nach dem Kirchhofe folgen. Deshalb ist der ursprünglich lang geplante Weg des Leichenzuges, längs dem die Krupp'schen Arbeiter Spalier bilden, auf das Aeußerste gekürzt worden. Vor dem Kirchhofe ist eine Ehrenpforte der Stadt errichtet worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Einem Ersuchen des Reichskanzlers Grafen Bülow entsprechend, läßt der preußische Justizminister die Entscheidungen sammeln, die als Folge der Bildung von Kartellen, Ringen, Syndikaten und ähnlichen wirthschaftlichen Verbänden in der Rechtspflege bisher ergangen sind. Dahin gehören Streitigkeiten über Bildung und Vorhandensein solcher wirthschaftlicher Vereinigungen, sei es, daß Mitglieder unter sich oder mit Abnehmern oder Verkäufern in Streit lagen. Bei diesen Ermittelungen sollen aus naheliegenden Gründen die Amtsgerichte überhaupt nicht in Betracht gezogen werden, dagegen erscheint im Uebrigen die gesammte Straf- und Civilrechtspflege von Wichtigkeit, und zwar ohne zeitliche Begrenzung rückwärts, wenn auch Rechtsstreitigkeiten aus den letzten Jahren als von besonderer Bedeutung in den Vordergrund zu stellen sein werden. Diese Erhebungen sollen mit aller Beschleunigung vorgenommen werden, sodaß die einzelnen Ergebnisse bis zum 1. Januar im Berichte zusammengefaßt sein können. — Bezüglich der Versetzung des Polizeipräsidenten von Berlin, v. Windheim, in ein anderes Amt (als Regierungspräsident zu Frankfurt a. d. Oder) ist eine Entscheidung der maßgebenden Stellen noch nicht erfolgt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eine parlamentarische Correspondenz schreibt: Es bestätigt sich, daß der Reichskanzler Namens der verbündeten Regierungen einen Mindestzoll für Braugerste von 4 Mark (bisherige Regierungsvorlage 3 Mark) den Mehrheitsparteien unter der Voraussetzung angeboten habe, daß ein Minimalzoll für Futtergerste nicht in das Tarifgesetz eingestellt werden wird. Die Mehrheitsparteien, einschließlich der Nationalliberalen, hätten heute Vormittag in ihren Fraktionen über dieses Angebot verhandelt. Das Centrum habe sich, wie bestimmt verlautet, mit dem Angebot einmüthig einverstanden erklärt; es werde in der dritten Lesung auf den Boden der so veränderten Regierungsvorlage zurücktreten. Die große Mehrheit der Nationalliberalen werde den Reichskanzler in seiner Verständigungspolitik unterstützen. Nicht völlig einig soll man dagegen im Lager der beiden konservativen Fraktionen geworden sein; es sei auch kaum anzunehmen, daß die hier vorhandenen Gegensätze vollkommen auszugleichen seien. Mit Sicherheit werde aber darauf gerechnet, daß die für die Mehrheitsbildung erforderlichen Stimmen sich bei den Konservativen werden finden lassen. Voraussichtlich werden die heute Abend zwischen den Vertrauensmännern der Mehrheit und dem Reichskanzler stattfindenden Verhandlungen den formellen Abschluß bringen. Die Berathung des Tarifs soll dann „mit Dampf" gefördert werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichspartei beschloß heute, am Grabe ihres ehemaligen Mitglieds Krupp einen Kranz niederzulegen. Von der persönlichen Theilnahme einer Abordnung der Fraktion mußte in Anbetracht der Verhältnisse, die die Ent-

Frische und sterilisirte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung). Milchkur-Anstalt „Neustadt", Königl. Hofrat Max Winkler, Zwickauerstr. 26 des Kronprinzen von Sachsen.